74. Jahrgang. Nr. 441

Freitag, 19. September 1930

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Reichskanzler Brüning am Scheidewege

## Landbund und Stahlhelm fordern Rechtskurs

**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung**

**Berlin**, 18. Sept. Die Debatte über die künftige Gestaltung der Reichsregierung wird immer lebhafter, und die Zahl der gewichtigen Stimmen, die die Meinung vertreten, daß man den Sinn der Wahlen nur durch die Bildung einer Rechtsregierung unter Einschluß der Nationalsozialisten entsprechen kann, mehrt sich so stark, daß es dem Reichskabinett, besonders dem Reichskanzler Brüning, bei unbefangener Prüfung dieser Stimmen kaum noch schwer fallen kann, sich darüber zu entscheiden, wo er seine künftige Mehrheit suchen will. In den Kreisen, die einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten den Weg verbauen möchten, spürt man auch ganz gut, daß die ruhige Abwägung der Gründe, die für oder gegen die Große Koalition, für oder gegen Anteilnahme der Nationalsozialisten an der Regierung sprechen, die Waagschale zugunsten der Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung erheblich steigen läßt. Eine Folge dieser Einsicht ist aber nicht etwa die Anerkennung der Bildung einer starken Rechtsregierung, sondern vielmehr ein

**Trommelfeuer übelster Verleumdungen gegen die Nationalsozialisten.**

Während man auf der einen Seite die Rede, die Hitler in München gehalten hat, als eine Erklärung für ein legales und verfassungsmäßiges Vorgehen der Nationalsozialisten auffaßt, bemüht man sich auf der anderen Seite, durch Zitierung phantastischer kommunistischer Meldungen den Eindruck zu erwecken, als ob die Nationalsozialisten bereits einen Putsch vorbereiteten. Man druckt aus der kommunistischen Presse (!) die Behauptung ab, daß die Nationalsozialisten hinter den Kulissen einer legalen Tätigkeit militärische Vorbereitungen treffen, und behauptet weiter, daß die Nationalsozialisten eigens zu diesem Zwecke ihre Zentrale von München nach Berlin verlegen wollten. Der Zweck solcher ausgemachten Albernheiten ist ganz offenkundig; festgestellt sei nur, daß von einer Verlegung der nationalsozialistischen Parteileitung von München nach Berlin keine Rede ist. Aber diese Versuche, die Nationalsozialistische Partei zu diskreditieren, um nur die Bildung einer starken Rechtsregierung zu hindern, erweisen sich als kindische Mätzchen, wenn man die Stimmen betrachtet, die auch heute wieder für die Rechtsregierung sich aussprechen. So befaßt sich

**August Winnig, der frühere Oberpräsident Ostpreußens,**

ein Mann, der aus dem sozialdemokratischen Lager kam, aber die vollkommene staatspolitische Unfähigkeit seiner Partei erkannte und ihr den Rücken kehrte, in einem Aufsatz mit der geradezu gebieterischen Notwendigkeit der Schaffung einer Rechtsregierung, wenn Deutschland nicht vor die Hunde gehen soll. „Man darf", so erklärt Winnig mit Nachdruck, „die Frage der Rechtsregierungsbildung nicht aus dem Gesichtspunkt der augenblicklichen Bequemlichkeit betrachten und behandeln. Man darf nicht an die Bequemlichkeit, sondern muß an die deutsche Notwendigkeit denken." Winnig geht ausführlich auch auf die Gründe ein, die für die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialistischen Partei sprechen. Auch er hebt hervor, daß die

**Entscheidung nur noch beim Zentrum**

liegt. „Es ist klar, daß sich dort Bedenken und Widerstände gegen die Rechtskoalition, besonders gegen die Verbindung mit den Nationalsozialisten, häufen. Das Zentrum hat sich mit der Sozialdemokratie verbinden können. Auch da waren zunächst heftige Widerstände zu überwinden. Sie schwanden, weil die Sozialdemokratie eine politische Macht wurde.

**Das Zentrum ist eine christliche und nationale Partei, in der viel konservatives Gedankengut gehegt wird.**

Wie es damit sein enges Bündnis mit der Nachkriegssozialdemokratie vereinbaren kann, mit der Partei, die unter der Herrschaft einer kirchenfeindlichen, verhetzten und dem Staate abtrünnig gemachten Masse steht, ist eine Sache, die das Zentrum vor sich zu verantworten hat. Irgendein Opfer bringt jede Partei, die sich mit einer anderen verbindet. Nur sollte man glauben, daß es für das Zentrum nicht größer, sondern kleiner wäre als jenes, das es bei seinem Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie brachte.

**Bei den Nationalsozialisten handelt es sich nicht um eine staatsfeindliche, sondern dem Staate leidenschaftlich zugetane Masse, und es handelt sich um keine Partei, die dem Gottesglauben den Krieg erklärt hat, sondern um eine, deren religiöser Kern nicht bezweifelt werden kann.**

Eine Partei, die sich um die Wiedereinführung des Schulgebetes bemüht, sollte für das Zentrum eher koalitionsfähig sein als eine andere, die nicht ohne Erfolg die Entchristlichung der Schule betreibt. Bei den Nationalsozialisten ist der leidenschaftliche Wille zum starken Staat. Ihre sechs Millionen Stimmen sind ein Schrei der Empörung über ein System der Staatspolitik, das erst ein künftiger Geschichtsschreiber in seinem ganzen Tiefstand darstellen kann." Dem Eindruck einer so vorurteilslosen Argumentation wird man sich auch beim Zentrum nicht entziehen können, selbst wenn, wie es der Fall ist, bei einigen führenden Persönlichkeiten dieser Partei

**persönliche Antipathien gegenüber der Nationalsozialistischen Partei**

bestehen. **Auch die „Deutsche Tageszeitung", ein Organ, dem man kaum wird nachsagen können, daß es den Nationalsozialisten in besonderer Liebe verbunden sei,** betont heute unter Bezug auf die Rundfunkrede des Reichsinnenministers Wirth die Notwendigkeit, die Nationalsozialisten nicht außerhalb der Kombinationen zu lassen, die sich um die künftige Regierung drehen. „Auch wir halten die Festlegung Dr. Wirths gegen die Nationalsozialisten für voreilig und taktisch unklug. Sie läßt nämlich die nicht ganz unbeachtliche, nüchterne Tatsache außer Betracht, daß eine Große Koalition bei der bekannten Einstellung der berufsständischen Parteien, wie Wirtschaftspartei und Landvolk, schon rein zahlenmäßig unmöglich ist. Sie geht aber auch an der anderen Tatsache vorbei, daß als Wahlsieger nun einmal die Nationalsozialisten anzusehen sind, und daß nach demokratischem Prinzip die Stimme des Volkes den Ausschlag gibt. Warum will man die Hoffnungen des Volkes enttäuschen? Warum nicht den Nationalsozialisten die Möglichkeit geben, zu zeigen, was sie praktisch leisten können?" Die Zahl der Pressestimmen, die sich für die starke Rechtsregierung aussprechen, ließe sich beliebig vermehren. Sie alle betonen, daß der im Wahlkampf unterlegene Dr. Brüning den Willen des Volkes, der durch die Wahl kundgetan wurde, nicht ignorieren dürfe. Zu diesen Pressestimmen treten weiterhin

**die mahnenden Stimmen wirtschaftlicher Organisationen.**

So hat der Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes folgende Entschließung angenommen: „Der Brandenburgische Landbund begrüßt auf das lebhafteste den Ausgang der Wahl als ein sichtbares Zeichen dafür, daß das deutsche Volk eine entschiedene nationale Schwenkung gegen den Marxismus vorgenommen hat. Er erwartet auf das bestimmteste, daß parlamentarisch die Folgerung im Reich und in Preußen aus diesem Wahlergebnis gezogen wird." Eine Regierung, die den Anspruch darauf erhebt, vom Willen des Volkes getragen zu sein, wird diese Stimmen nicht übersehen und überhören dürfen, wird es um so weniger tun können, wenn sie sich darüber klar ist, daß die Rechtsfront, die jetzt in den Reichstag einzieht, stark genug ist, um auf außerparlamentarischem Wege einer schematischen Parlamentstaktik entgegentreten zu können.

**Der „Stahlhelm" hat bereits die Einberufung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren verlangt.**

In diesem Zusammenhang sind Ausführungen im Organ des „Stahlhelms" von großem Interesse, in denen es u. a. heißt: „Wir können uns eine Errettung Deutschlands im Sinne der inneren und äußeren Freiheit, die unser Ziel ist, nicht vorstellen als auf parlamentarischem Wege erreichbar. Wir Frontsoldaten eines Weltkrieges und die Jugend, die den Weg zu uns fand, bleiben nach wie vor die letzte Reserve, wenn deutlich wird, daß alles aus sei. Wir können uns aber gewiß vorstellen, und wir hoffen, ja, wir erwarten es, daß diese neue, in sicheren Führerhänden liegende Rechte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln herausholen wird, was herauszuholen ist." Es leuchtet ein, und es sollte auch in der Reichskanzlei beachtet werden, daß eine derartige Reserve eine wertvolle Rückenstärkung für die Rechte abgibt.

**Was die Position des Reichskanzlers aber schwer erschüttern kann,**

ist der Umstand, daß sich auch in der Deutschen Volkspartei Widerstand dagegen bemerkbar macht, die vorhandene Möglichkeit einer Rechtsregierung von Anfang an auszuschalten. Zwar hat sich der Parteiführer Dr. Scholz dem Reichskanzler darin angeschlossen, daß man eine Kombination mit den Nationalsozialisten nicht in Betracht ziehen solle, aber Dr. Scholz scheint schon jetzt auf Schwierigkeiten zu stoßen, und diese Schwierigkeiten gegen seine Stellungnahme und gegen sein Eingehen auf die Wünsche des Reichskanzlers dürften sich bedeutend erhöhen, wenn die volksparteiliche Reichstagsfraktion selbst darüber zu befinden haben wird, in welche Art von Rechtskoalition sie einbezogen zu werden wünscht.

**Nach dem, was an den amtlichen Stellen Berlins zu hören ist, will der Reichskanzler Brüning ernsthafte Verhandlungen darüber, welche Parteien zur Unterstützung seines Arbeitsprogramms und seines Regierungskurses in Betracht kommen könnten, erst in etwa drei Wochen beim Zusammentritt des neugewählten Reichstages führen.**

Daß sich Deutschnationale und Nationalsozialisten bisher noch nicht darüber geeinigt haben, wie sie künftig zusammenarbeiten wollen, liegt lediglich daran, daß so kurze Zeit nach der Wahl die führenden Persönlichkeiten zunächst noch mit anderen Dingen beschäftigt sind. Eine Einigung wird aber spätestens beim Zusammentritt des Reichstages herbeigeführt werden. Ob sie in einer Fraktionsgemeinschaft bestehen wird, oder ob man sich mit einer Arbeitsgemeinschaft begnügen wird, ist eine Frage, deren Lösung durchaus nicht so brennend ist, wie man es in gewissen Linksblättern hinzustellen sich bemüht. Die Einstellung einiger nationalsozialistischer Blätter — gedacht ist hierbei auch an den „Völkischen Beobachter" —, so versichert man uns von maßgebender nationalsozialistischer Seite, wird auf keinen Fall ein Hindernis dafür bilden, eine beide Teile zufriedenstellende Regelung des Zusammengehens zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten herbeizuführen.

## Jetzt ist es Zeit!

Wie der Stein, der in einen Ameisenhaufen fällt, so hat das deutsche Wahlresultat im Auslande gewirkt. Die europäische, ja, die Ruhe der Welt ist dahin. Der deutsche Riese, der sich durch Jahre hindurch stumm und geduldig schinden und quälen ließ, zeigt ein Knurren, er beginnt sich zu recken. Man weiß jetzt, daß die uferlose Erfüllungspolitik der Kabinette der Großen Koalition von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt wird. Gegen Versailles und gegen den Youngplan, für Revision der deutschen Ostgrenzen, für bedingungslose Rückgabe des uns widerrechtlich vorenthaltenen Saargebiets, Rüstungsausgleich oder Abrüstung der übrigen Mächte, Wiederherstellung der vollen Souveränität unseres Vaterlandes, weitgehende, den deutschen Lebensnotwendigkeiten gerecht werdende Erleichterungen der Tributlasten, Kampf für die Lebensrechte der deutschen Minderheiten, wo immer sie sich befinden, Schutz für das bedrohte Danzig und das Memelgebiet, — das sind die außenpolitischen Forderungen, die das deutsche Volk mit diesen Protestwahlen dem Auslande zugerufen hat. Und das Ausland hat diesen Zuruf wohl verstanden. Ja, es hat zu einem überwiegenden Teil begriffen, daß dem deutschen Lebenswillen Genüge geschehen müsse, will die Welt nicht selbst schweren Schaden leiden. Diese Wahlen waren ein Fanal, und das wird ihre große Bedeutung für kommende Jahre sein, ein Weck- und Warnruf, daß in der Mitte Europas ein großes Kulturvolk an den Ketten von Versailles und an den blutsaugerischen Tributen dahinsiecht. Ueber Nacht ist, was wir auf Grund unserer bisherigen überängstlichen außenpolitischen „Führung" uns nicht hätten träumen lassen, durch die spontane Willenskundgebung des deutschen Volkes, vom Auslande selbst die Revisions- und die Tributfrage aufgerollt worden. Was wir längst auf jeder Völkerbundstagung, auf jeder internationalen Konferenz hätten aussprechen müssen, sprechen jetzt ausländische Blätter mit einer Offenheit aus, die wir nie für möglich gehalten hätten. Ein Zeichen dafür, wie lange, lange das Ausland vergeblich darauf gewartet hatte, von dem Geschundenen zu hören, daß er geschunden wird. Am deutlichsten, freimütigsten, ja schonungslos sagt die amerikanische Hearstpresse ihre Meinung. Kein Deutscher hätte den Versailler Unfrieden besser brandmarken können wie sie. Dumm, brutal, verbrecherisch, das sind die amerikanischen Prädikate für das Diktat. Und dann die Warnung an Europa: treibt das ausgeblutete Deutschland nicht in die Hände des Bolschewismus. „Jetzt ist es Zeit, die Torheit und das Verbrechen des Versailler Vertrags ungeschehen zu machen. Es wird zu spät sein, wenn sich Deutschland wirklich Rußland und der bolschewistischen Politik zuwendet." Was die deutsche Politik versäumt hat, immer wieder der Welt in die Ohren zu rufen, wird hier in prägnanten Sätzen ausgesprochen. Die Welt hat keinen Nutzen von der bisherigen Drangsalierung Deutschlands, aber Weltwirtschaft und Weltfrieden können eines Tages einen furchtbaren Schaden erleiden, wenn man mit der bisherigen Blutsaugerpolitik Deutschland in den Bolschewismus treibt.

Aber nicht nur in Amerika, auch im zweiten angelsächsischen Weltstaat, in England, erheben sich ähnliche Stimmen. Der „Manchester Guardian" erklärt die Wahl für eine „Folge der Behandlung Deutschlands seit dem sogenannten Frieden." Man ist jenseits des Kanals nicht verwundert, man spricht nicht wie unsere unverbesserliche und engstirnige Linkspresse von einer Bedrohung des Weltfriedens durch die deutsche nationale Bewegung, sondern man zieht sehr kühl die einzig richtigen Folgerungen, daß eine Revision der Friedensverträge unvermeidlich geworden sei. Man gesteht sogar Hitler zu, daß seine Reden einen vorzüglichen Eindruck gemacht hätten. England kommt das Erstarken des Widerstandswillens in Deutschland ja nicht ungelegen. Das hat der scharfe Vorstoß des englischen Außenministers Henderson in Genf in der Abrüstungsfrage bewiesen. Mit unerbittlicher Schärfe hat er den Völkerbund auf die Verpflichtung, mit der Abrüstung endlich einmal ernst zu machen, hingewiesen. Die Aufgabe der deutschen öffentlichen Meinung ist es nun, Henderson dahin zu ergänzen, daß ein großer Teil unserer Tribute, entgegen den Abrüstungsversprechungen von Versailles, zur Finanzierung des französischen Militarismus verwendet wird. Auch

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10